

17.08.2011 - 18:05 Uhr

SGB zu Bundesrats-Massnahmen gegen überbewerteten Franken / Übel der Frankenstärke an der Wurzel packen

Bern (ots) -

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB ist enttäuscht, dass der Bundesrat das Problem des starken Frankens nicht an der Wurzel anpackt und zusammen mit der Nationalbank beschlossen hat, eine Wechselkursuntergrenze von 1.40 Fr./Euro einzuführen.

Die vom Bundesrat gesprochenen 2 Mrd. Franken sind ein Tropfen auf den heissen Stein. Nur schon die Pensionskassen alleine haben infolge der Frankenstärke Buchverluste von schätzungsweise gegen 50 Mrd. Franken erlitten. Zusammen mit dem Preisdruck und der drohenden Arbeitslosigkeit in der Exportwirtschaft wird die Frankenstärke die Schweiz bald über 100 Mrd. Franken kosten.

Die vom Bundesrat eingesetzte Taskforce muss zielgerichtete Massnahmen erarbeiten. Die Massnahmen im Bereich Arbeitslosenversicherung, die in der Finanzkrise eingeführt wurden, müssen verlängert werden. Weiter braucht es eine Lösung für Pensionskassen in Unterdeckung, wenn Firmen liquidiert werden oder Stellen verloren gehen.

Damit die Löhne nicht unter Druck geraten, müssen die Firmen intensiv kontrolliert werden - insbesondere bei Neueinstellungen. Im Dumpingfall müssen Mindestlöhne eingeführt werden. Lohnzahlungen in Euro sind illegal.

Kontakt:

Daniel Lampart, Chefökonom SGB
079 205 69 11
Peter Lauener, Leiter Kommunikation SGB
079 650 12 34

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100702394> abgerufen werden.